

# SCHULE IN DER CORONA-PANDEMIE

## HAMBURGS SCHULPOLITIK GEHT AUF NUMMER SICHER

von Ties Rabe

Schule, immer wieder Schule! Man wundert sich, mit welcher Leidenschaft ein Thema diskutiert wird, das aus medizinischer Sicht nicht die größte Gefahr der Corona-Krise ist: 89 Prozent der Corona-Toten sind über 70 Jahre alt, 0,04 Prozent dagegen unter 20. Trotzdem drehen sich gefühlte 89 Prozent der politischen Diskussionen um die Schulen, während wir die stark gefährdeten älteren Menschen aus dem Blick verlieren. Ist das wirklich klug?

Zu den Fakten: Kinder infizieren sich selten, Jugendliche dagegen fast so häufig wie Erwachsene. Schwere Krankheitsverläufe bei Kindern und Jugendlichen sind äußerst selten. Aber sie können andere mit dem Virus anstecken. Schulschließungen sollen deshalb vor allem die Verbreitung der Krankheit vermeiden. Gerade jetzt führt angesichts der möglichen Gefahren des England-Virus vermutlich kein Weg an Schulschließungen vorbei.

Leider sind die Infektionswege unter Schülerinnen und Schülern kaum erforscht. 80 Prozent der zwischen den Sommer- und den Herbstferien mit Corona infizierten Hamburger Schülerinnen und Schüler hatten sich mit großer Wahrscheinlichkeit gar nicht in der Schule, sondern außerhalb der Schule infiziert. Sehr seltsam: In rund 150 Schulen lernten Infizierte tagelang, ohne ihre Mitschülerinnen und Mitschüler anzustecken. Aber in 15 Schulen gab es solche Übertragungen, in vier Schulen sogar sehr starke Infektionsketten. Warum das so ist – das ist bislang eines der Rätsel des Schulbetriebes.

Unerforscht ist auch das Risiko der Schulschließungen. Sicher ist: Wer allein lernen muss, braucht einen störungsfreien Lernort, einen Computer, Internet – aber vor allem Konzentration, Ausdauer, Selbstdisziplin und Organisationstalent. Es ist müßig darüber zu diskutieren, ob 40 oder 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler diese Voraussetzung erfüllen. Sicher ist: Alle sind es nicht. Gerade Jüngere oder Kinder und Jugendliche mit Konzentrations- und Lernproblemen sind auf Hilfe, Unterstützung und Motivation angewiesen.

Viele Eltern sind jedoch doppelt berufstätig, in 26 Prozent aller Familien wird zu Hause kein Deutsch gesprochen. Und vermutlich leben viele Jugendliche in engen Wohnungen ohne eigenes Zimmer. Man darf sich deshalb Sorgen machen, dass Schulschließungen tiefe Spuren bei jenen hinterlassen werden, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns besonders engagieren.

Tut Hamburg genug für die Sicherheit an den Schulen? Hier ist es an der Zeit, mit einigen Facebook- und Twitter-Legenden aufzuräumen. Denn anders als behauptet hält sich Hamburg in allen Bereichen – gerade in der Schulpolitik – sehr genau an die Beschlüsse der 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und der Kanzlerin. Andere Länder tanzen aus der Reihe, öffnen die Schulen häufiger oder weiter als vereinbart, wir nicht. Wir halten uns an die Regeln, weil wir das auch von den Bürgerinnen und Bürgern verlangen. Unter den 16 Bundesländern ist Hamburg in der Schulpolitik sogar eher auf der vorsichtigen Seite.

Das gilt auch für die Sicherheit. Alle Schul-Beschäftigten dürfen sich jederzeit und ohne Anlass bei ihrem Hausarzt kostenlos auf Corona testen lassen. Das ist ein großes Privileg, das es nicht in vielen Bundesländern gibt. Für alle Beschäftigten hat Hamburg zudem seit den Sommerferien kostenlose Mund-Nasen-Bedeckungen, seit November sogar kostenlose medizinische Masken mit FFP-2-Standard verteilt; mittlerweile knapp 400.000 Masken. Darüber hinaus hat Hamburg den Schulen knapp fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Lüftung der Klassenräume zu verbessern. Einzelne dieser Maßnahmen gibt es auch in anderen Bundesländern, aber nur sehr selten werden alle zusammen umgesetzt.

Selbstverständlich gilt in allen Schulen eine Maskenpflicht. Das war allerdings nicht von Anfang an so. In Übereinstimmung mit den anderen Bundesländern wurde die Maskenpflicht an den Schulen schrittweise erweitert. Aber auch hier galt und gilt: Hamburg ist in der Regel etwas vorsichtiger als die meisten anderen Länder.

Große Schritte wurden zudem in der Digitalisierung der Schulen unternommen. Hatten vor der Corona-Krise nur 16 Prozent aller staatlichen Schulen in Hamburg WLAN in den Klassenräumen, so sind es jetzt 72 Prozent. Vor der Krise verfügten 20 Prozent über gute Lernprogramme, jetzt 75 Prozent. Vor der Krise gab es rund 17.000 Laptops und Tablets

für Schülerinnen und Schüler, jetzt 62.000. Das sind dramatische Fortschritte in nur neun Monaten, für die sonst drei bis vier Jahre veranschlagt worden wären. Und dennoch ist die Kritik berechtigt, dass 100 Prozent noch nicht erreicht sind. Klar ist aber auch: Hamburg liegt überall an der Spitze oder in der Spitzengruppe aller Bundesländer.

Wie geht es nun weiter? Die Schulen können dann wieder geöffnet werden, wenn die Infektionsgefahr deutlich gesunken ist. Leider hat der Lockdown trotz der Schulschließungen diesen Erfolg bislang nicht gebracht. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollte jedoch der Grundsatz gelten: Beim Lockdown sind Schulen und Kitas als letzte dran, bei Öffnungen als erste. Denn in Schulen und Kitas entscheidet sich nicht nur der individuelle Lebensweg und die Zukunft von Kindern und Jugendlichen, sondern ganz erheblich auch die Zukunft unserer Stadt.



Foto: Michael Zapf



Foto: SPD-Hamburg

### Liebe Genossinnen und Genossen,

die Weihnachtsfeiertage und der Jahreswechsel liegen hinter uns. Das gibt uns Anlass, nach vorne zu schauen.

Die gute Nachricht: Es gibt nicht nur einen, sondern gleich mehrere Impfstoffe, die einen zuverlässigen Schutz vor einer Covid-19-Erkrankung bieten. Die Impfungen werden uns dabei unterstützen die Pandemie in Griff zu bekommen und hoffentlich auch dauerhaft zu überwinden. Seit der Zulassung der Impfstoffe ist eine große Impfkampagne in Europa angelaufen. Überall auf der Welt warten die Menschen jetzt auf die Möglichkeit, sich selbst oder ihre Angehörigen impfen und zu lassen damit zu schützen.

Eine Impfkampagne dieser Größenordnung ist eine riesige medizinische, logistische und politische Herausforderung: Es muss sorgsam zwischen den Bedürfnissen jeder und jedes Einzelnen und dem Allgemeinwohl abgewogen werden.

Auch in Hamburg haben wir uns gründlich auf die anstehende Aufgabe vorbereitet. Das Hamburger Impfzentrum ist ausgestattet und täglich werden hier viele Menschen beraten und geimpft. Jetzt gilt es, die ausreichende Menge an Impfdosen für alle Hamburgerinnen und Hamburger bereitzustellen. Denn immer mehr Menschen wollen sich impfen lassen. Die wachsende Impfbereitschaft in Verbindung mit dem noch vorhandenen Mangel bedeutet auch, dass an vielen Stellen noch unsere Geduld gefragt ist. Hier erwarten uns noch viele Herausforderungen. Unser Ziel muss sein, allen Menschen, nach und nach ein Impfangebot machen zu können.

Als SPD-Hamburg werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen nur gemeinsam lösen können! In diesem Sinne: auf eine gute Zusammenarbeit!

Herzliche Grüße, eure

Melani Leonhard

## FÜR HAMBURG UND NORDDEUTSCHLAND IN BRÜSSEL

IM EU-PARLAMENT HABE ICH DEN GANZEN NORDEN IM BLICK

von Bernd Lange, MdEP

Seit der letzten Europawahl vertrete ich im Europäischen Parlament auch Hamburgs Interessen und bin Ansprechpartner für alle Hamburgerinnen und Hamburger. Und das passt gut. Denn meine Arbeitsschwerpunkte im EU-Parlament sind Handels- und Industriepolitik. Seit 2014 bin ich der Vorsitzende des Ausschusses für internationalen Handel (INTA). Dadurch hatte ich über die Jahre schon immer engen Kontakt nach Hamburg, zur Bürgerschaft und zur Partei. Mit meinen Kollegen Christa Randzio-Plath und Knut Fleckenstein habe ich nicht nur in handelspolitischen Themen gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet. Noch kurz vor dem zweiten Lock-Down war ich mit Knut einen ganzen Tag zu Gesprächen im Hamburger Rathaus und im Hamburger Hafen.

In den letzten Wochen war ich intensiv in Verhandlungen über Handelsbeziehungen zu drei wichtigen Handelspartnern Hamburgs involviert. Mit China gibt es eine vorläufige Einigung über ein Investitionsabkommen, das deutschen Unternehmen bessere Bedingungen und mehr Rechtssicherheit in China gibt. Nun geht es um die Umsetzung: Wir wollen weitere Schritte zur Verbesserung der Arbeitnehmerrechte und zum Verbot von Zwangsarbeit einbauen. Heiligabend gab es zu guter Letzt, nach langen, nervenaufreibenden Verhandlungen, noch eine Einigung mit Großbritannien über einen Handelsvertrag. Damit ist ein harter Brexit verhindert und auch für Hamburg ist nun klar, wie die Beziehungen sich im Rahmen des Vertrages weiterentwickeln können, auch wenn es in der ersten Zeit noch etwas rumpelt. Und mit den USA und der neuen Regierung um Präsident Biden versuchen wir eine neue Partnerschaft aufzubauen und Konflikte zu lösen, wie die Auseinandersetzung um Airbus und Boeing.

Aktuell beraten wir gerade über die Neuausrichtung der EU-Handelspolitik in der veränderten globalen Welt. Ein für Deutschland und natürlich besonders für Hamburg wichtiges Thema. Wir brauchen eine aktivere Rolle Europas, faire Standards und Regeln zur gerechten Gestaltung der Globalisierung. Mein Ziel ist es, mit kluger Politik und Handelsabkommen die Lebensbedingungen von Menschen weiter zu verbessern. Dazu brauchen wir regelbasierten, nachhaltigen und fairen Handel und auch ein verbindliches EU-Lieferkettengesetz, damit Arbeitnehmerrechte- und Umweltstandards eingehalten und Wohlstandsgewinne gerecht verteilt werden.



Regelmäßiger Austausch: Bernd Lange mit Dirk Kienschnerf und Knut Fleckenstein in Hamburg

Foto: SPD

Wir stehen gemeinsam – Europa und Deutschland – vor großen Herausforderungen, nicht nur durch die Corona-Pandemie. Ebenso bleibt die große Herausforderung der Klimakrise. Der Wiederaufbaufonds „Next Generation“ ist ein guter Schritt für einen solidarischen Weg aus der Krise, zum Wiederaufbau und zur Erneuerung. Der Umbau der Industrie kann somit gestaltet werden. Es ist für mich klar, dass dieser Prozess nur mit den Menschen in den Betrieben erfolgreich sein kann. Arbeit und Umwelt ist mein Ding, Klimaschutz muss auch Klimagerechtigkeit heißen. Ein wichtiger Schritt für den Umbau ist die Umstellung von Kohle und Gas auf aus erneuerbaren Energien hergestellten Wasserstoff, auch in Hamburg gibt es dazu viele gute Ansätze. Erzeugung und Import von grünem Wasserstoff hat meine Unterstützung.

Und zum Schluss noch etwas Persönliches. Ich wohne jetzt in Hannover, aufgewachsen bin ich in Varel, im Landkreis Friesland. Meine Eltern waren selbstständige Tankstellenkaufleute und sonntags sind meine Eltern oft mit mir nach Hamburg gefahren, was ich sehr genossen habe. Auch heute zieht es mich immer wieder in die schönste Stadt der Welt. Wichtig ist mir außerdem, dass ich fast genauso lang, wie ich SPD-Mitglied bin, der IG Metall angehöre. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft gehören für mich zusammen.



Alle 14 Tage berichte ich in meinem Newsletter „Europa-Info“ direkt aus Brüssel über die aktuellen europapolitischen Themen mit einem Schwerpunkt auf Handelspolitik. Abonniert werden kann der Newsletter unter [www.bernd-lange.de/newsletter](http://www.bernd-lange.de/newsletter). Mehr Infos gibt's auf meiner Website. Mein Büro in Hannover erreicht ihr unter [mail@bernd-lange.de](mailto:mail@bernd-lange.de) und 0511-1674210

## Berlin direkt

# DEMOKRATIE VERTEIDIGEN UND WANDEL GESTALTEN

von Metin Hakverdi, MdB

Foto: Metin Hakverdi



Die Ära Trump ging in den USA mit Gewalt zu Ende. Dutzende Menschen stürmten das Kapitol in Washington. Sie beschmutzten das Wahrzeichen der Demokratie, fünf Menschen starben. Das Land stand unter Schock. Und Noch-Präsident Trump? Er ließ sich zu halb-garen Beschwichtigungen überreden.

Unvorstellbar in Deutschland? Im August vergangenen Jahres stürmten Demonstrierende mit Reichsflaggen die Reichstagstreppe. Im November schleusten AfD-Abgeordnete während einer Bundestagsdebatte Störer ins Reichstagsgebäude, die Parlamentsmitglieder bedrängten und beleidigten.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Umstände und Verhältnisse: Die Störer eint, dass sie Feinde der Demokratie sind und den Rechtsstaat verachten. Beide Entwicklungen müssen uns Sorgen machen. Gewalttäter müssen mit der gesamten Strenge und Härte des Rechtsstaates verfolgt werden. Gleichzeitig müssen wir uns die Frage stellen, wie es soweit kommen konn-

te. Demagogen und Populisten, die die Menschen gegen unseren demokratischen Rechtsstaat aufwiegeln, können wir nicht tatenlos zusehen. Es ist wichtig, dass die rechtsstaatlich-demokratischen Verteidigungsinstrumente rechtzeitig aktiv werden. Deshalb muss die AfD überall dort, wo es angezeigt ist, vom Verfassungsschutz beobachtet werden.

Wachsende Demokratieskepsis muss uns bekümmern. Auf sie zielen die Demagogen ab, wenn sie etwa den beschleunigten Strukturwandel unserer Zeit nutzen, um Verunsicherung unter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stiften. Digitalisierung und Vernetzung, die Automatisierung (etwa in der Autobranche) und das Ende alter Wirtschaftszweige wie die Kohleförderung verändern die Wirtschaft und den Menschen in ihr.

Es ist unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angemessene Politik auf diese Herausforderung zu entwickeln. Wir müssen verstehen und dürfen nicht ignorieren, dass Menschen diese Veränderungen mitunter als Bedrohung begreifen. Wenn etwa Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr gesamtes Berufsleben immer stärker als Aus- und Weiterbildungsreise begreifen sollen, dann muss es daneben mindestens ökonomische Sicherheiten geben. Wir

müssen dafür sorgen, dass die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland nicht weiter auseinanderdriften. „Um den Respekt in dieser Gesellschaft zu kämpfen, das ist die wichtigste Aufgabe, für die wir (...) in nächster Zeit streiten sollten“, sagt Olaf Scholz. Wer Respekt erfährt und seine Lebensumstände als gerecht empfindet, blickt zuversichtlich in die Zukunft – und ist unempfindlicher für den Hass und die Hetze, mit der Parteien wie die AfD um Wählergunst buhlen. Wir müssen dafür sorgen, dass uns die Menschen vertrauen und sozialdemokratische Politik als Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit begreifen. Die Transformation der Wirtschaft muss im Einklang mit dem Bedürfnissen des Einzelnen passieren. Die Klimapolitik braucht gerechte Umsetzung, die den Menschen keine Angst macht. Bildung braucht demokratischen Zugang.

Wir leben in Zeiten, auf die die Sozialdemokratie die richtigen Antworten geben kann. Es liegt in unserer DNA, gegenüber Rassisten und Faschisten eine kompromisslose Haltung zu zeigen – und gleichzeitig eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verfolgen, die dem Menschen und seinen sich stetig neu entwickelnden Bedürfnissen zugewandt ist. Schließlich begleitet uns die Aufgabe, den Wandel zu gestalten, seit unserer Gründung vor über 150 Jahren.

# LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER JUSOS – BERLIN ZU GAST IN HAMBURG!

AM 9. UND 10. JANUAR 2021 FAND DIE LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER JUSOS-HAMBURG STATT. AUFGRUND DER CORONA-PANDEMIE NATÜRLICH NUR DIGITAL. NEBEN VIELEN SPANNENDEN UND INTERESSANTEN ANTRÄGEN HATTEN DIE JUSOS AUCH EIN PAAR HOCHKARÄTIGE GÄSTE MIT AN BORD.

von Lasse Nielsen

Die Konferenz der Jusos-Hamburg fing mit einem Leit-antrag zum Wiederaufbau der Bornplatz Synagoge an. Dabei stellten die Jusos klar, dass sie die Bestrebungen zum Wiederaufbau voll und ganz unterstützen. Für die Jusos muss jüdisches Leben wieder offensichtlicher im Stadtbild werden. „Nachdem die Synagoge durch die Nazis zerstört wurde, wird es unbedingt Zeit, die jüdische Geschichte Hamburgs wieder aufleben zu lassen“, so Alexander Mohrenberg, Landesvorsitzender der Jusos Hamburg.

Nach einigen weiteren Antragsdebatten schaltete sich der ehemalige Juso-Bundesvorsitzende und stellvertretende Parteivorsitzende Kevin Kühnert aus Berlin dazu. Kevin sprach über das Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl und über jungendliches Engagement in der Politik. Am zweiten Tag der Online-Konferenz kam auch Kevins Nachfolgerin Jessica Rosenthal aus NRW dazu und hielt ihre erste Rede auf einer Juso Veranstaltung nach ihrer Wahl zur Juso-Bundesvorsitzenden. Sie sprach vor allem über die Herausforderungen der jüngeren Generationen und der Notwendigkeit von gerechter und zugänglicher Bildung für alle.

Die Berliner Politprominzen konnte dann nur noch einer ergänzen: Unser Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Olaf berichtete nicht nur über die aktuelle Corona-Politik, sondern stellte sich auch den Fragen der Delegierten und Zuschauer\*innen aus dem Live-Stream. Er stellte ganz klar heraus, wie wichtig die Bundestagswahl für Deutschland wird und dass eine progressive und moderne Politik nur mit der SPD funktionieren kann.

Die Landesdelegiertenkonferenz tagte ausschließlich digital, lediglich das Präsidium und das Orga-Team trafen sich unter Einhaltung aller Vorgaben. Wer sich die Konferenz noch einmal anschauen möchte, findet die Aufzeichnung auf dem YouTube Kanal der Jusos-Hamburg und wer sich in die Beschlüsse einlesen möchte, findet diese auf der Website der Jusos-Hamburg.

Der Landesvorsitzende der Jusos-Hamburg, Alexander Mohrenberg, zog ein positives Fazit der Veranstaltung und sagte: „Wir haben gezeigt, dass politische Parteiarbeit auch Online gut funktionieren kann und inhaltlich starke Beschlüsse zu vielfältigen Themen entstehen können.“ Er dankte allen Teilnehmenden für diese tolle Landesdelegiertenkonferenz.

**Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg**

**JUSOS HAMBURG**

**Live auf YouTube**

**#MoinDiggi**

## LEINEN LOS FÜR DEN NEUEN LANDESGESCHÄFTSFÜHRER DER JUSOS HAMBURG

So manch eine\*r hat seit September häufiger mit ihm zu tun: Lasse Nielsen ist der neue Landesgeschäftsführer der Jusos in unserer wunderschönen Hansestadt. Lasse ist direkt nach dem Abitur zur Marine gegangen, hat dort die Offizierausbildung durchlaufen und bringt auch durch seine Erfahrungen in der ehrenamtlichen Jugendverbandsarbeit bei den Johannitern viele organisatorische Grundlagen mit, die er für die Jusos einsetzen kann.

Für ihn spielt die Zusammenarbeit zwischen Partei und anderen Verbänden eine große Rolle, die er stärker angehen möchte: „Wir müssen unsere Werte und Ideen wieder in die breite Masse streuen und nicht nur einem akademischen und intellektuellen Klientel eröffnen.“

Lasse ist 26 Jahre alt, geborener Hamburger und zudem Vorsitzender der SPD Groß Borstel in Hamburg-Nord.



Foto: Leo Schneider

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesorganisation Hamburg

**V.i.S.d.P.**  
Lars Balcke

**Redaktion:**  
Lars Balcke, Sebastian Jahnz

**Satz und Gestaltung:**  
Janina Demiana Roll (hamburg-designsache.de)

**Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe**  
15. März 2021

**Anschrift:**  
Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

**E-Mail:**  
sebastian.jahnz@spd.de